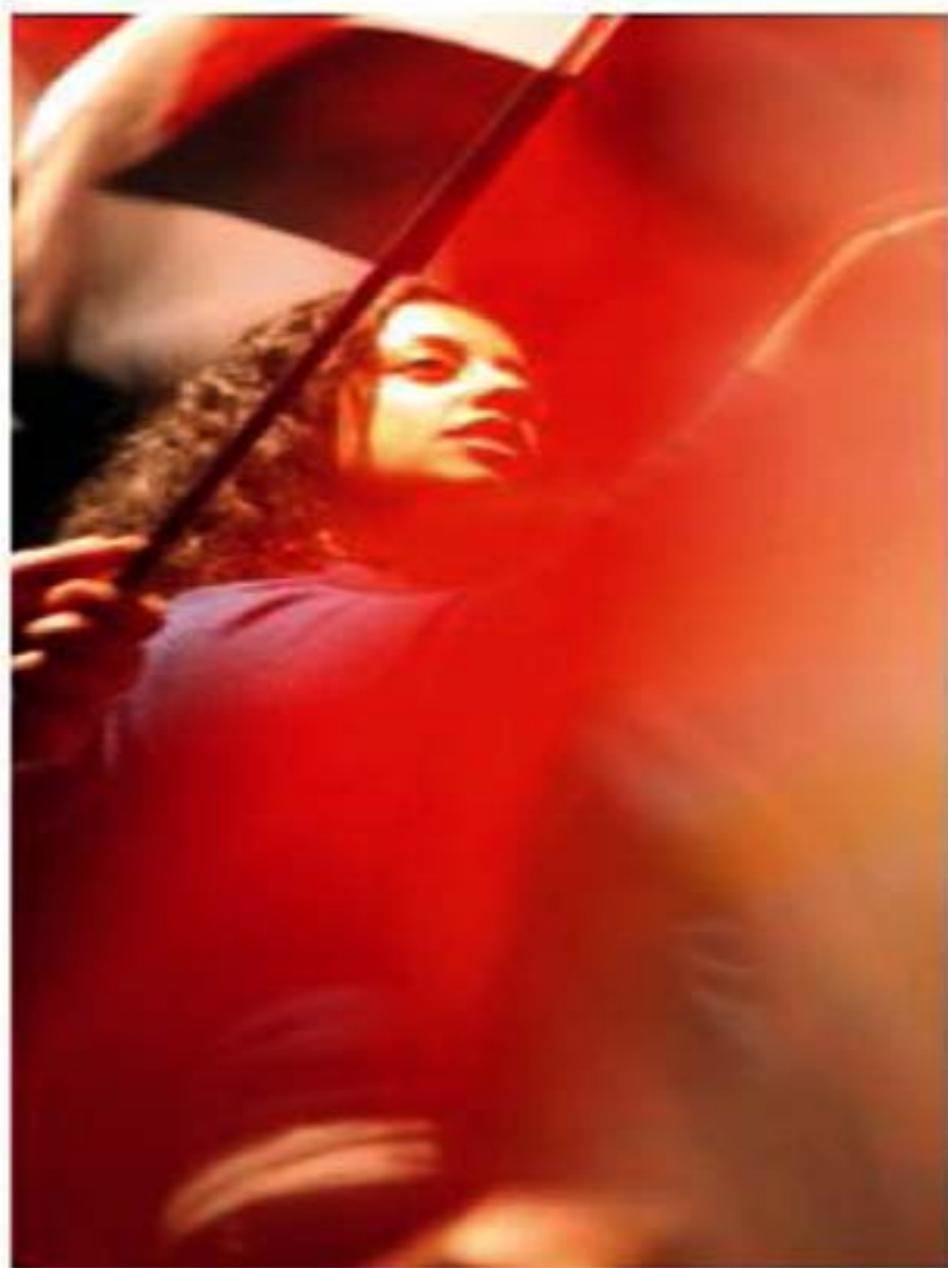


Frank Nordhausen · Thomas Schmid (Hg.)

Die arabische Revolution



Ch. Links Verlag

Frank Nordhausen, Thomas Schmid (Hg.)

Die arabische Revolution

Demokratischer Aufbruch
von Tunesien bis zum Golf

Ch. Links Verlag, Berlin

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

1. Auflage, Januar 2012 (basiert auf der 2., aktualisierten und erweiterten Druckauflage vom Oktober 2011)

© Christoph Links Verlag GmbH, 2011

Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0

www.christoph-links-verlag.de; mail@christoph-links-verlag.de

Umschlaggestaltung: Burkhard Neie, www.blackpen.xix-berlin.de,

unter Verwendung eines dpa-Fotos vom jugendlichen Protest auf dem Tahrir-Platz in Kairo im Februar 2011

eISBN 978-3-86284-100-4

Inhalt

Vorwort zur 2. Auflage

Frank Nordhausen, Thomas Schmid

Die Rebellion des jugendlichen Mittelstandes

Einleitung

Thomas Schmid

Tunesien: Die Jasmin-Revolution

Frank Nordhausen

Ägypten: Die Sieger des Tahrir-Platzes

Helmut Dietrich

Algerien: Nach dem Aufstand ist vor dem Aufstand

Marc Dugge

Marokko: Königliche Reformen

Thomas Schmid

Libyen: Revolution gegen den Revolutionsführer

Martina Doering

Syrien: Vorwärtsverteidigung des Assad-Clans

Markus Bickel

Libanon: Aufstieg und Fall der Zedern-Revolution

Heiko Flottau

Jordanien: Aufbrechende historische Konflikte

Jens Heibach

Jemen: Ein zaudernder Despot

Henner Fürtig

Saudi-Arabien: Ein Fels in der Brandung?

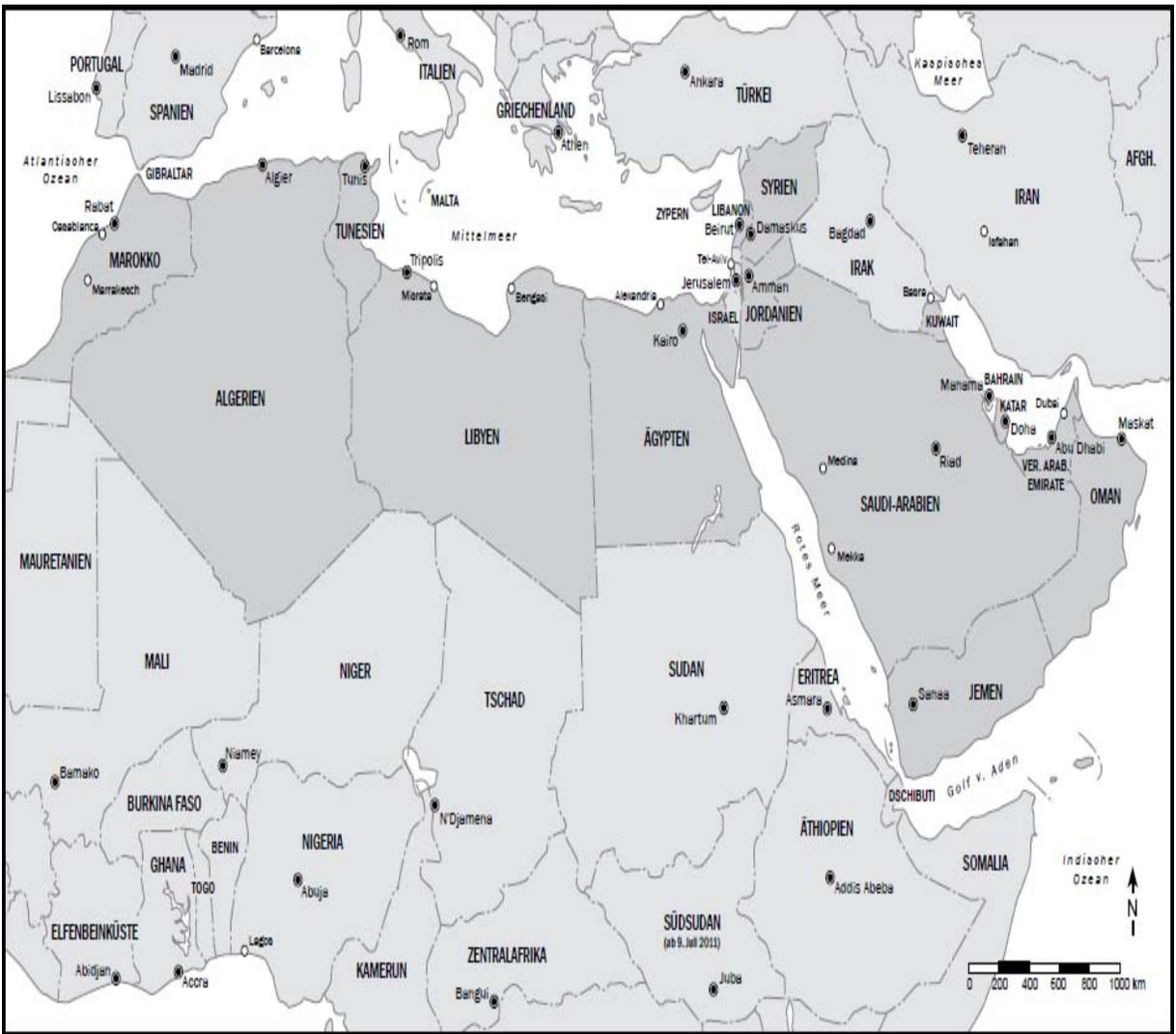
Alexander Smolczyk

Vereinigte Emirate: Unruhe am Golf

Zu den Autoren

Es gibt drei Sorten von Menschen: solche, die unbeweglich sind, solche, die beweglich sind, und solche, die sich bewegen.

Arabisches Sprichwort



Vorwort zur 2. Auflage

Als im Juni 2011 die 1. Auflage erschien, wurden wir immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob es nicht etwas früh sei, schon wenige Monate nach dem Beginn der arabischen Revolution ein Buch über die Ereignisse herauszugeben - zu einem Zeitpunkt, da kaum absehbar war, wohin die Entwicklung führen würde. Massendemonstrationen, Repression, bewaffnete Auseinandersetzungen und Bomben der Nato sorgten fast täglich für Schlagzeilen, Leitartikel, Sondersendungen und Talkshows. Was die Medien in der Regel nicht leisten konnten, versuchten wir mit der Herausgabe des Sammelbandes: Es ging uns darum, die spezifischen, von Land zu Land verschiedenen historischen und kulturellen Hintergründe der Entwicklung auszuleuchten, um so zum Verständnis des epochalen Aufbruchs in der arabischen Welt beizutragen.

In dieser 2. Auflage des Buches, die vier Monate nach der ersten erscheint, haben wir einige Beiträge unverändert übernommen, andere wurden aktualisiert, und einige - Ägypten, Syrien und vor allem Libyen - wurden erweitert. In Ägypten hat der juristische Prozess gegen Hosni Mubarak, der das Land fast 30 Jahre lang diktatorisch regierte, begonnen. In Syrien sind seit März bei Kundgebungen gegen das Regime von Bashar al-Assad bereits über 2200 Menschen von Sicherheitskräften erschossen worden. Zum ersten Mal haben im September Demonstranten um internationale Hilfe gebeten. Doch eine internationale militärische Intervention erwägt niemand. Im Pulverfass

Nahost wäre sie mit zu vielen Unwägbarkeiten verbunden und könnte zum Flächenbrand werden.

In Libyen hingegen, geostrategisch weniger bedeutend, hat die Nato eingegriffen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen autorisierte alle »notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung«. Die Nato interpretierte die entsprechende Resolution äußerst großzügig. Faktisch kämpfte sie auf Seiten der Aufständischen gegen Gaddafi für einen Regimewechsel, wozu der Beschluss des UN-Sicherheitsrates keineswegs ermächtigte. Die Erleichterung darüber, dass der »Bruder Führer« aus Tripolis vertrieben wurde, ist in Libyen selbst wie auch im Ausland zwar groß. Möglicherweise wäre der arabische Frühling mit einem Sieg Gaddafis über die Aufständischen zu einem vorzeitigen Ende gekommen. Die Machthaber in Syrien und Jemen hätten sich bestätigt gefühlt. Trotzdem: Die mutmaßliche Verletzung des Völkerrechts könnte die Durchsetzung desselben künftig erschweren.

Im Übrigen ist der Ausgang des arabischen Aufbruchs noch keineswegs klar. In Tunesien werden die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober, in Ägypten die Wahlen zum Parlament am Jahresende zeigen, wie stark die islamistischen Kräfte wirklich sind. In Syrien ist unklar, wie der Kampf zwischen schwer bewaffneten Sicherheitskräften und todesmutigen Demonstranten letztlich ausgeht. Auch im Jemen ist noch nichts entschieden. Und in Libyen könnten nach dem Sieg über Gaddafi schon bald neue Frontlinien zwischen laizistischen Kräften und Islamisten aufbrechen. Trotz all dieser Unwägbarkeiten wollten wir mit einer Aktualisierung der 1. Auflage nicht warten. Es gilt, die neuen Akteure zu verstehen und hinter den Tagesnachrichten die Zusammenhänge aufzuzeigen. Revolutionen werden nicht an einem Tag gemacht. Insofern ist es immer zu früh oder immer zu spät, darüber zu berichten.

Frank Nordhausen, Thomas Schmid
Berlin, im September 2011

Frank Nordhausen, Thomas Schmid

Die Rebellion des jugendlichen Mittelstandes

Einleitung

In der arabischen Welt bricht eine neue Ära an. Es ist ein epochaler Umbruch, in seiner Bedeutung durchaus vergleichbar mit dem arabischen Erwachen nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und mit der panarabischen Emanzipationsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg, deren prominentester Führer der Ägypter Gamal Abdel Nasser war. Der antikoloniale Aufbruch mündete in eine Herrschaft von Autokraten, die das Entstehen einer Zivilgesellschaft nach Kräften behinderten, Oppositionelle foltern ließen, die Demokratie kujonierten und sich selbst oft schamlos bereicherten. Der freie Westen hat sich mit diesen Regimes prächtig arrangiert, versprochen sie doch Sicherheit und Stabilität. Sie kooperierten bei der Flüchtlingsabwehr und hielten die islamistische Gefahr im Zaum. Dass in diesen Ländern eine frustrierte Jugend heranwuchs, gut ausgebildet, aber ohne berufliche Perspektive, ohne Aussicht, eine Wohnung mieten, ein Haus bauen und eine Familie gründen zu können, wurde kaum wahrgenommen.

Die arabischen Gesellschaften stagnierten. Doch dann trat überraschend eine Jugend an die Öffentlichkeit, die Freiheit und Demokratie, ein Ende der Willkürherrschaft und der Korruption einforderte - und ein Ende der Kungelei des Westens mit den arabischen Despoten. Das Streichholz, mit

dem sich am 17. Dezember 2010 in Tunesien Mohamed Bouazizi selbst anzündete, setzte das ganze Land - den Deutschen bislang vornehmlich als Touristenparadies bekannt - in Flammen, und der Flächenbrand erfasste innerhalb von Wochen die gesamte arabische Welt bis zum Persischen Golf. Der Protest der arabischen Jugend hallte sogar im Iran, in Westafrika und im fernen China wider. Der arabische Frühling, die arabische Revolution ist eine historische Zäsur, durchaus vergleichbar mit dem *annus mirabilis* 1989, als in Osteuropa der Kommunismus implodierte und die Berliner Mauer fiel.

Protagonisten der Aufstände in der arabischen Welt sind junge Frauen und Männer, die vor allem, aber nicht nur der Mittelschicht entstammen. Sie sind trotz staatlich kontrollierter Medien - insbesondere dank des Internets und des Satelliten-Senders al-Dschasira, dessen Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann - gut informiert. Sie vernetzen sich über Facebook und Twitter - und diese sozialen Netzwerke haben schließlich zur ungeheuren Beschleunigung der Revolte beigetragen. Die Gründe für den Aufstand sind im ganzen arabischen Raum dieselben: Arbeitslosigkeit, politische Entmündigung, gesellschaftliche Stagnation. In diesem Zusammenhang taucht bei allen Protesten immer wieder ein Wort auf: Würde. Es geht der rebellischen Jugend letztlich darum, als mündige Bürger ein Leben in Würde zu führen - ohne permanente Gängelung, ohne Verbeugung und Bakschisch, ohne Angst vor Polizeiwilkkür und Folter.

Doch finden die Proteste in Ländern statt, die wirtschaftlich, politisch und kulturell sehr verschieden sind. Libyen hat viel Öl, Jemen ist bettelarm. Marokko oder Jordanien werden von Monarchen geführt, in Algerien und Ägypten liegt die Macht bei den Militärs. Tunesien blickt auf eine lange laizistische Tradition zurück, Saudi-Arabien hat ein streng religiöses Regime. Unterschiedlich sind deshalb auch die Ausprägungen und Chancen der Revolte. In

Tunesien und Ägypten wurden die Despoten von der Macht gefegt. Beide Länder sind auf dem Weg, einen demokratischen Rechtsstaat zu errichten; sie gehen durch eine höchst labile Übergangsphase. In Libyen herrscht Krieg. In Syrien und Bahrain lässt das Regime die Aufständischen niederkartätschen. In Algerien und Marokko versuchen die Herrschenden, den Unmut der Jugend mit finanziellen und sozialpolitischen Zugeständnissen einzudämmen.

Der Westen wurde von der Revolte nicht weniger überrumpelt als die Machthaber im arabischen Raum. Frankreich – und mit ihm die Europäische Union – hatte Ben Ali über Jahrzehnte hofiert und demokratische Alternativen nie in Betracht gezogen. Trotzdem wurde die Jasmin-Revolution schnell begrüßt. Tunesien, mit natürlichen Reichtümern nicht gerade gesegnet und geografisch abseits von den politischen Krisenherden gelegen, war von mäßiger Bedeutung. Ganz anders Ägypten, das geopolitisch äußerst relevant ist. Hosni Mubarak war der wichtigste Stützpfeiler der Nahostpolitik der Vereinigten Staaten. Und auch Israels Führung sorgt sich zutiefst über den demokratischen Aufbruch in Kairo wie über das Agreement zwischen Fatah und Hamas, das ja ebenfalls eine Folge des arabischen Frühlings ist. Es knirscht im Gebälk der nahöstlichen Sicherheitsarchitektur, die auf scheinbar stabile Diktaturen baute.

Stabilität, das hieß für den Westen vor allem Unterdrückung der realen oder imaginierten islamistischen Gefahr – und sei es um den Preis einer Unterdrückung jeglicher demokratischen Regung. Dahinter verbirgt sich ein Mangel an Vertrauen in eine offene Gesellschaft. Unhinterfragt wurde unterstellt, dass eine Diktatur den islamistischen Terrorismus wirksamer bekämpfen könne als eine streitbare Demokratie. Spätestens nach dem 11. September 2001, dem Angriff auf die Twin Towers von New York, wurde der Islamismus geradezu dämonisiert und jede islamisch grundierte Bewegung quasi prophylaktisch des

Terrorismus verdächtigt. Doch der politische Islam ist in den arabischen Gesellschaften eine Realität. Seine undifferenzierte Ausgrenzung befördert nur die radikalen Tendenzen. Was nützt, sind eine offene Debatte, Toleranz, Respekt – auf Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrags.

Das ist auch das politische Hauptanliegen der aufständischen Jugendlichen, die erreichten, wovon al-Qaida nur träumte: Sie verjagten zwei äußerst korrupte Autokraten aus ihren Palästen. Sie verbrannten im Übrigen weder die Flaggen mit den Stars and Stripes noch jene mit dem Davidstern. Diese Jugend sehnt sich nicht nach einer iranischen Lösung. Sie weiß, wie das Mullah-Regime dort mit der Facebook-Generation umgeht. Sie träumt nicht von einer heilen, vergangenen Welt. Sie will in der Moderne ankommen. Die Muslimbrüder, Salafisten und Dschihadisten spielten beim Ausbruch der Revolten überhaupt keine Rolle, auch wenn sie sich mit der Bewegung, von der sie völlig überrascht wurden, dann solidarisch erklärten. Die Tötung Osama bin Ladens am 1. Mai 2011 wurde in Tunis, Kairo oder Sanaa mit einem Schulterzucken quittiert.

Europa, vom Maghreb und dem Nahen Osten durchs Mittelmeer getrennt und mit ihnen durchs Mittelmeer verbunden, tut gut daran, die arabische Revolution nicht als Gefahr, sondern als Chance zu begreifen. Es hat sich ein historisches Fenster geöffnet, von dem niemand weiß, wann es sich wieder schließt. Gelingt es, die Weichen in Richtung Demokratie zu stellen, kann die Mittelmeerregion ein gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum werden und Frieden auch in der bisher so krisengeschüttelten Region einkehren. Werden die Despoten jetzt aber bloß durch neue, sanftere Autokraten ersetzt und tut sich für die Jugend keine wirtschaftliche Perspektive auf, könnte eine frustrierte Generation junger Araber den Sirenentönen radikaler Islamisten erliegen und ihre Wut schon bald auch nach Europa tragen.

Mit Blick auf den arabischen Raum war oft von einem Domino-Effekt die Rede. Gewiss hat die Jasmin-Revolution die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz animiert, auch ihren Despoten vom Sockel zu stoßen. In vielen anderen arabischen Ländern ermutigte das tunesische Beispiel die Jugend zur Rebellion. Aber anders als beim Domino ist nicht gleich ein Regime nach dem anderen gefallen. Das militärische, zunächst durchaus erfolgreiche Vorgehen von Libyens Diktator Gaddafi dürfte dazu geführt haben, dass sich andere Machthaber ermutigt fühlten, nicht klein beizugeben – in Bahrain, Jemen, Syrien, von Saudi-Arabien ganz zu schweigen, das sogar Truppen ins Nachbarland Bahrain schickte.

Es gibt Anlass zur Hoffnung, dass sich in Tunesien und Ägypten demokratische Verhältnisse stabilisieren. Doch noch ist die Lage fragil. Sollten die Revolutionen scheitern, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit Populisten und Islamisten davon profitieren. Dann wird ein Strom enttäuschter Jugendlicher eine Zukunft auf der anderen Seite des Mittelmeers suchen, und zwar weit mehr, als jetzt schon kommen. Europa muss – auch aus Eigeninteresse – Tunesien und Ägypten bei der gewaltigen Aufgabe helfen. Mit Expertise, Beratung und mehr. Es geht um Sicherheit und Partnerschaft auf Augenhöhe, um Abbau von Handelshemmnissen und Visabeschränkungen, um Bildungsangebote, Austauschprogramme, Investitionen.

Der US-amerikanische Präsident Barack Obama hat in einer Rede am 19. Mai 2011 die Chance einer neuen Partnerschaft mit der arabischen Welt angesprochen und Tunesien und Ägypten umfangreiche Finanzhilfe zugesagt. Die Revolutionen hatten auch einen wirtschaftlichen Preis: Einbruch des Tourismus, Rückgang von Auslandsinvestitionen, Produktionsausfälle. Die Arbeitslosigkeit, eine wesentliche Ursache für den Ausbruch der Revolten, hat zugenommen. Letztlich aber kann nur ein wirtschaftlicher Aufschwung die politischen Erfolge sichern.

Eine Verschärfung der Krise hingegen würde den alten Kräften und den Populisten in die Hände spielen. Die Außen- und Entwicklungspolitik der europäischen Staaten und der EU steht vor einer Bewährungsprobe. Wird sie der Größe der Aufgabe gerecht? Oder werden sich die Zauderer durchsetzen, die jetzt schon warnen, man wisse ja nicht, wer sich am Ende behauptet und mit wem man es dann zu tun habe?

Die arabische Welt wurde hierzulande oft mystisch überhöht. Dem Narrativ vom geheimnisvollen Orient entspricht die Angst vor dem Unbekannten, Angst vor dem, was »dort unten« vor sich geht. Angst vor Islamisten, Angst vor Flüchtlingsmassen. Übersehen wird, dass die Aufstände mit unerträglichen und unmenschlichen Zuständen aufgeräumt haben. Niemand kann wissen, wohin die arabische Revolution führt. Aber wir können versuchen, die Ereignisse in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft besser zu verstehen und aus dem Verständnis heraus Handlungsperspektiven zu entwickeln. Dieses Buch will dazu beitragen.

Thomas Schmid

Tunesien: Die Jasmin-Revolution

*»Genug ist's, wenn dir zu Herzen geht,
dass keinen Jasmin mäht, wer Dornen sät.«*

So dichtete der persische Mystiker Mosleh od-Din im 13. Jahrhundert. Heute tragen die tunesischen Männer beim Bummel oder im Restaurant kokett ein Jasminsträußchen hinter dem Ohr. Hinter dem rechten Ohr bedeutet: »Bin schon vergeben«, hinter dem linken: »Bin noch frei.«

Auslöser der Revolution war eine Ohrfeige

Der 17. Dezember 2010 begann für Mohamed Bouazizi wie ein gewöhnlicher Tag. Wie jeden Morgen hatte der 26-jährige Arbeitslose auf dem Großhandelsmarkt von Sidi Bouzid, einer Kleinstadt im Landesinnern Tunesiens, Gemüse und Früchte eingekauft und die Ware etwa zwei Kilometer zu seinem Standort gefahren, wo er sie am Straßenrand anbot. Er verdiente damit durchschnittlich 250 Dinar im Monat, umgerechnet 125 Euro. Davon lebten seine sechs Geschwister, seine Mutter und sein kranker Stiefvater. Eine Lizenz für den Straßenverkauf hatte Bouazizi nicht. Dafür reichte das Geld nicht, und es reichte auch nicht, um

die Polizei zu bestechen, die Ärger machte, wenn man keine Lizenz hatte.

Auch an jenem schwarzen Freitag, dem 17. Dezember 2010, fuhr die Polizei vor – wie schon oft. Und wie jedes Mal fragte sie Bouazizi nach der Lizenz, die er – was sie wusste – nicht hatte, schubste seine Karre weg und beschlagnahmte, wie gewohnt, die elektronische Waage. Als er Einwände erhob, schlug ihm diesmal jedoch eine Polizistin ins Gesicht. Bouazizi wollte sich beim Gouverneur beschweren, wurde aber nicht vorgelassen. Eine halbe Stunde später übergoss er sich mit Benzin und zündete sich vor dem Amtssitz des Gouverneurs in aller Öffentlichkeit an. Die Ohrfeige vor all den Leuten, vor seinen Freunden, war eine Schmach, über die er nicht hinwegkam, versichern seine Mutter und seine älteste Schwester gleichermaßen, zumal es eine Frau war, die sie ihm verpasst hatte.

Bouazizi wurde mit schweren Verbrennungen ins Krankenhaus gefahren, wo er knapp drei Wochen später verstarb. War seine Tat ein politischer Protest oder ein purer Akt der Verzweiflung? Die Frage ist müßig. Am Tag darauf schon versammelten sich vor dem Amtssitz des Gouverneurs in Sidi Bouzid einige Dutzend Jugendliche zu einem Sit-in. Die Polizei griff, wie gewohnt, durch: Prügel, Festnahmen. Aber anders als gewohnt, ließen sich die Demonstranten nicht einschüchtern. Sie kamen wieder, und es wurden mehr. Trotz der rigiden Zensur wusste bald ganz Tunesien, was sich in Sidi Bouzid ereignet hatte. Über Handys, Twitter und Facebook wurden Videofilme über demonstrierende Jugendliche und prügelnde Polizisten, Bilder von Verletzten und bald auch schon von ersten Toten verbreitet.

Vier Millionen der knapp über zehn Millionen Tunesier haben Anschluss ans Internet, die Hälfte von ihnen ist Mitglied bei Facebook. Das soziale Netzwerk sorgte für eine ungeheure Beschleunigung der Entwicklung. Die Unruhen griffen noch vor Weihnachten auf ein Dutzend weiterer

Städte über, zunächst auf das nahe Regueb, dann auf Thala, wo Demonstranten das Polizeigebäude in Brand setzten, auf Kasserine und auf Ben Guerdane, nahe der libyschen Grenze. Am 22. Dezember griff in Sidi Bouzid der 24-jährige arbeitslose Houcine Néji demonstrativ in die Hochspannungsleitung, nachdem er noch »Arbeit für alle! Weg mit Ben Ali!« geschrien hatte. Am 24. Dezember erschoss die Polizei in Menzel Bouzaiane zwei Demonstranten. Landauf, landab wurde auf Kundgebungen, oft organisiert von den lokalen Sektionen des gewerkschaftlichen Dachverbandes UGTT (Union générale tunisienne du travail), gegen Schmiergelder, Vetternwirtschaft und Korruption protestiert, gegen die Mafia an der Macht, gegen die Zensur. Die offiziellen Medien – Presse, Rundfunk, Fernsehen – schwiegen über die Ereignisse. Schlagzeilen machte hingegen, wie gewohnt, Präsident Zine el-Abidine Ben Ali mit irgendwelchen Staatsempfängen, Einweihungen von Neubauten oder der Verkündung wirtschaftlicher Erfolge.

Am 28. Dezember brach Ben Ali endlich sein beharrliches Schweigen über das, was ganz Tunesien bewegte. Das Fernsehen zeigte ihn zunächst am Krankenbett des schwerverletzten Bouazizi. Danach kanzelte der Präsident in einer Ansprache an das Volk die Proteste als Werk einer »Minderheit von Extremisten und Unruhestiftern im Solde des Auslands« ab. Die Facebook-Gemeinde war empört. Die Proteste schwollen an und erreichten schließlich auch die Hauptstadt. Am Jahresende kamen rund 1000 Ärzte, Lehrer und Postangestellte vor der Gewerkschaftszentrale zu einer Kundgebung zusammen. Doch schon nach kurzer Zeit setzte die Polizei dem Protest mit Schlagstockeinsätzen ein Ende. Als Reaktion darauf traten am 6. Januar fast sämtliche der 8000 Rechtsanwälte des Landes in den Streik. Die Bewegung, ausgegangen von arbeitslosen, oft gut ausgebildeten Jugendlichen, hatte längst die arbeitende Mittelschicht und die Freiberufler erreicht.

Montag, 10. Januar: Ben Ali sieht sich zu einer zweiten Fernsehansprache genötigt, nachdem am Wochenende nach offiziellen Angaben in verschiedenen Städten 14 Demonstranten erschossen worden sind. Er verspricht, 300 000 neue Arbeitsplätze innerhalb von zwei Jahren zu schaffen. Beruhigen kann dies niemanden mehr.

Dienstag, 11. Januar: Rund 100 Journalisten demonstrieren im Zentrum von Tunis für eine freie Presse. Es sind dieselben Journalisten, die jahre- oder jahrzehntelang in Zeitungen gearbeitet haben, die an Nibelungentreue gegenüber der Macht mit dem *Neuen Deutschland* zu Zeiten der DDR zu vergleichen sind. Sie werden mit Schlagstöcken vertrieben wie auch die Schauspieler und Musiker, die vor dem Theater im Zentrum der Stadt protestieren. Raja Ben Ammar, die Direktorin des Theaters, wird zusammengeschlagen.

Mittwoch, 12. Januar: Ben Ali entlässt seinen Innenminister Rafik Haj Kacem, einen bei der Bevölkerung weithin verhassten Hardliner, und ersetzt ihn durch Ahmed Friaâ, der ein liberales Image hat. Zugleich kündigt er die Bildung zweier Kommissionen an: Die eine soll polizeiliche Übergriffe untersuchen, die andere das wild wuchernde Geflecht der Korruption. Dass in dessen Mittelpunkt seine Frau Leila Trabelsi und ihr Familienclan stehen, ist in Tunesien ein offenes Geheimnis. Der Armeechef General Rachid Ammar wird gefeuert, weil er sich geweigert hat, auf Demonstranten zu schießen. Ab 20 Uhr gilt erstmals eine Ausgangssperre. In verschiedenen ärmeren Vororten der Hauptstadt kommt es danach zu Brandschatzung und Plünderung von Lokalen und Geschäften, die mutmaßlichen oder tatsächlichen Anhängern des Regimes gehören. Die Polizei ist abwesend. Zum ersten Mal gibt es Tote auch in der Hauptstadt. Vier Jugendliche werden erschossen.

Donnerstag, 13. Januar: Im Stadtzentrum wird demonstriert. Über der Avenue Habib Bourguiba, dem Prachtboulevard von Tunis, hängen dichte Tränengasschwaden. Vereinzelt wird scharf geschossen. Am Abend hält Ben Ali seine dritte Fernsehansprache seit Ausbruch der Unruhen, diesmal überraschend im maghrebinischen Dialekt des einfachen Volkes, »in der Sprache aller Tunesier und Tunesierinnen«, wie er feierlich anhebt. Er kündigt eine Senkung der staatlich festgesetzten Lebensmittelpreise an, was niemand gefordert hatte. Dann die Sensation: Der Präsident verspricht völlige Pressefreiheit und freien Zugang zum Internet, in dem oppositionelle Nachrichtenportale bislang gesperrt waren. Er erklärt, den Innenminister angewiesen zu haben, ab sofort nicht mehr mit scharfer Munition zu schießen (»Ich habe an keinem Tag akzeptiert und werde nie akzeptieren, dass auch nur ein Tropfen tunesisches Blut fließt.«), und er kündigt an, nach Ablauf seines Mandats im Jahr 2014 (!) nicht mehr als Präsident zur Verfügung zu stehen. Hätte er dies alles auch nur einen Monat früher gesagt, die Tunesier hätten applaudiert. Jetzt interpretieren sie die Rede nur noch als Ausdruck der Schwäche. Nach Beginn der Ausgangssperre demonstrieren etwa 1000 in öffentlichen Bussen herbeigekarrte Anhänger des Präsidenten auf der Avenue Habib Bourguiba für Ben Ali.

Freitag, 14. Januar: Ab 11 Uhr versammeln sich immer mehr Demonstranten im Zentrum. Die Gewerkschaft hat vor Tagen schon zum Generalstreik aufgerufen. Aber das ist längst nicht mehr das Thema. Nach der Rede Ben Alis vom Vortag feiern Zehntausende den Sieg der Revolution und fordern den Rücktritt des Präsidenten. Dass dieser noch am selben Tag flüchten wird, ahnen sie nicht. Völlig überraschend schießt die Polizei Tränengasgranaten in die Menge und bereitet der Massendemonstration unter brutalem Einsatz von Gummiknüppeln, Holzlatten und Eisenstangen ein jähes Ende. Vereinzelt fallen wieder

scharfe Schüsse. Um 16 Uhr löst Ben Ali die Regierung auf, beauftragt seinen Ministerpräsidenten Mohamed Ghannouchi, ein neues Kabinett zusammenzustellen, und kündigt Neuwahlen in sechs Monaten an. Um 17 Uhr wird der Ausnahmezustand ausgerufen. Aber zu dieser Zeit ist schon eine Maschine mit dem Präsidenten an Bord Richtung Saudi-Arabien gestartet. Ben Ali ist geflohen. Die Tunesier erfahren es gegen 18.30 Uhr. Da herrscht Ausgangssperre. Niemand wagt sich im Zentrum von Tunis auf die Straße, um zu feiern. Es wird geschossen. Aber die Revolution hat bereits gesiegt, die Jasmin-Revolution, wie sie im Ausland mehr als in Tunesien selbst genannt wird.

Der Weg in den Polizeistaat

Die meisten Tunesier mögen den Ausdruck nicht. Vielleicht weil von einer solchen Revolution schon einmal die Rede war - 1987. Damals, am 7. November, der fortan als nationaler Feiertag galt, hatte Ben Ali die Macht übernommen und von einer Jasmin-Revolution gesprochen. Als Premierminister hatte er - unter Vorlage sieben medizinischer Gutachten - Präsident Habib Bourguiba für amtsunfähig erklären lassen und dessen Nachfolge selbst angetreten. Zwei der beteiligten Ärzte, die über den physischen und geistigen Zustand des »Obersten Kämpfers« urteilten, wie Bourguiba sich zu nennen beliebte, gaben später zu Protokoll, sie hätten damals den Präsidenten schon seit zwei Jahren nicht mehr gesehen. Ben Alis Staatsstreich ging als »medizinischer Putsch« in die Annalen ein.

Es war ein Putsch, der im Land weithin begrüßt wurde. Bourguiba, der erste Präsident des unabhängigen Tunesien, hatte 31 Jahre lang die Macht ausgeübt. Er war in seinen letzten Amtsjahren unzugänglich geworden,

beratungsresistent und wohl auch altersstarrsinnig. Mit Ben Alis Machtübernahme kam ein liberaler Wind in die Politik. Der gefürchtete Staatssicherheitshof, der vor allem Islamisten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt hatte, wurde abgeschafft, die Untersuchungshaft auf maximal vier Monate begrenzt, Amnesty International durfte in Tunis ein Büro eröffnen, etwa 5000 politische Gefangene kamen frei. Auch für Rachid Ghannouchi (nicht verwandt mit dem Ministerpräsidenten Mohamed Ghannouchi), den Gründer der Bewegung Islamistische Tendenz, die sich später in Ennahda umbenannte, öffneten sich die Gefängnistore, und sein Mitstreiter Hamadi Jebali, heute Generalsekretär der Ennahda, in Abwesenheit zum Tod verurteilt, kam aus dem Exil zurück.

Zine el-Abidine Ben Ali, geboren 1936 in Hammam-Sousse, damals ein Landstädtchen, heute ein blühender Touristenort, entstammt einfachen Verhältnissen. Sein Vater war Analphabet und arbeitete als Docker im Hafen. Er selbst verließ das Gymnasium drei Jahre vor dem Abitur, bekam aber – ein halbes Jahr nachdem man im Élysée-Palast die Unabhängigkeit Tunesiens anerkannt hatte – die Chance auf eine zwölfmonatige militärische Ausbildung in Frankreich. Kurz vor Weihnachten 1977 wurde er Direktor für Nationale Sicherheit im Innenministerium. Einen Monat später oblag es ihm, einen Generalstreik der UGTT niederzuschlagen. An die 200 Gewerkschaftler ließen am 26. Januar, dem »schwarzen Donnerstag«, ihr Leben. Ein Jahr später wurde Ben Ali zum General befördert. Nach einem Intermezzo als Botschafter in Warschau wurde er 1985 erneut Sicherheitschef, dann Staatssekretär, im April 1986 Innenminister und am 2. Oktober 1987 – fünf Wochen vor seinem »medizinischen Putsch« – Ministerpräsident.

Tunesien atmete auf. Doch die liberale Öffnung war von kurzer Dauer. 1989 ließ sich Ben Ali mit 99,27 Prozent der Stimmen zum Präsidenten wählen. Bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen erhielt eine von der

islamistischen Ennahda unterstützte Liste 13 Prozent der Stimmen, in einigen Vororten von Tunis sogar 35 Prozent. Zwei Jahre später schlug Ben Ali zu: Die Führer der Islamisten wurden ins Gefängnis geworfen, sofern es ihnen nicht wie etwa Ghannouchi gelungen war, sich rechtzeitig ins Exil abzusetzen. Nach und nach verwandelte Ben Ali Tunesien in einen Polizeistaat, der über ein weitverzweigtes engmaschiges Spitzelsystem alle Regungen der Gesellschaft kontrollierte.

1994 ließ sich Ben Ali mit 99,91 Prozent im Amt bestätigen, 1999 billigte er sich nur noch 99,45 Prozent zu und 2004 immerhin 94,49 Prozent. Bei den letzten Wahlen, 2009, beschied sich der Präsident dann mit 89,28 Prozent. Gegen ihn, den Kandidaten der Regierungspartei RCD (Rassemblement constitutionnel démocratique), die 2,5 Millionen Mitglieder zählte, hatten zwei Satellitenparteien ihre Führer ins Rennen geschickt. Der eine von ihnen, Mohamed Bouchiha, meinte im Wahlkampf: »Die politische Ethik gebietet es, die Hauptrolle zu unterstreichen, die Präsident Ben Ali für die globale Entwicklung des Landes unaufhörlich einnimmt.« So klingen tunesische Blockflöten.

Der einzige oppositionelle Kandidat, Ahmed Brahim, Chef der aus der Kommunistischen Partei hervorgegangenen Ettajdid (Bewegung für Erneuerung), hatte keine Möglichkeit, einen Wahlkampf zu führen, der den Namen verdient. Hotels und Institutionen verweigerten ihm auf Druck der Regierung Versammlungsräume. Seine Präsenz in den Medien war gleich null. Die staatlichen schwiegen ihn faktisch tot, und die privaten räumten ihm auch keinen Platz ein. Sofern sie nicht ohnehin im Besitz des Clans des Präsidentenpaars waren, fürchteten sie um Anzeigen. Deren Zuteilung wurde von einer staatlichen Institution völlig willkürlich reguliert.

Der Chef der sozialdemokratischen Partei des Demokratischen Fortschritts (PDP), Néjib Chebbi, wurde von der Kandidatur über ein eilig verabschiedetes, auf ihn

zugeschnittenes Gesetz ferngehalten. Seine Partei nahm denn – wie auch eine weitere sozialdemokratische Partei, das Demokratische Forum für Arbeit und Freiheit (FDTL) von Mustapha Ben Jaâfar – an den Parlamentswahlen nicht teil, bei denen das Regime der Opposition (Blockflöten eingerechnet) unabhängig vom Wahlergebnis jeweils ein Viertel der Sitze zugesteht. Das war die Situation, ein Jahr bevor in Sidi Bouzid der arbeitslose Mohamed Bouazizi sich selbst anzündete und schon vier Wochen danach Ben Ali das Flugzeug bestieg, das ihn ins Exil nach Dschidda brachte, in die saudiarabische Metropole am Roten Meer.

Drei Präsidenten an einem Tag

Während Ben Ali im Flugzeug sitzt und in der Innenstadt von Tunis geschossen wird, präsentiert sich sein Premierminister Mohamed Ghannouchi dem Fernsehpublikum, flankiert von den Präsidenten der beiden Kammern des Parlaments. Er verkündet, er selbst habe nach Artikel 56 der Verfassung, der den Fall einer vorübergehenden Verhinderung des Präsidenten regelt, nun die Präsidentschaft übernommen. Er wird sein neues Amt keine 24 Stunden lang innehaben. Die Armee übernimmt die Kontrolle des Flughafens. 25 Mitglieder des Clans des geflüchteten Präsidentenpaares werden in der VIP-Lounge festgenommen – wegen versuchten Devisenschmuggels ins Ausland. Einige von ihnen sind bewaffnet. Held des Tages wird der Pilot Mohamed Ben Kilani, der sich weigert, Mitglieder der Präsidentenfamilie an Bord zu nehmen. Noch am Abend wird der Luftraum über Tunis gesperrt. Nach Einbruch der Nacht setzen bewaffnete Anhänger des alten Regimes Teile des Bahnhofs der Hauptstadt in Brand, auch zwei Krankenhäuser werden überfallen, Milizionäre verbreiten Terror, dringen in Privathäuser ein. Im Nobelviertel La Marsa

plündern Anwohner etwa 20 Villen, die dem Familienclan Ben Ali-Trabelsi gehören. Die Supermärkte Géant und Monoprix, ebenfalls in dessen Besitz, werden in Brand gesetzt.

Samstag, 15. Januar: Am Mittag erklärt der Verfassungsrat Fouet Mebazaâ, den Präsidenten der Abgeordnetenkommission des Parlaments, nach Artikel 57 der Verfassung, der den Fall des Todes, des Rücktritts oder der endgültigen Verhinderung des Präsidenten regelt, zum Interimspräsidenten. Die Flucht Ben Alis sei als Desertion und definitiver Abschied vom Amt zu werten. Damit ist Ghannouchi wieder, was er bis zum Vortag war: Ministerpräsident. In der ganzen Stadt, in den armen wie in den reichen Vierteln, bilden sich Bürgerwehren, die sich mit Stöcken, Ketten, Äxten und Stangen bewaffnen und Hunderte Barrikaden errichten, um Autos zu kontrollieren und Plünderungen zu verhindern. In der Avenue Habib Bourguiba und den umliegenden Straßen wird geschossen. Heckenschützen des alten Regimes verbreiten Terror. Sie werden von der Armee außer Gefecht gesetzt.

Sonntag, 16. Januar: In der Innenstadt von Tunis fallen noch immer Schüsse. In einem Außenviertel wird eine Gruppe bewaffneter Ausländer festgenommen. Gerüchte von Söldnern im Dienst Ben Alis kursieren. Doch stellt sich heraus, dass es sich um einen Trupp von schwedischen Touristen handelt, die zur Wildschweinjagd angereist sind und sich angesichts der unsicheren Lage zum Flughafen durchzuschlagen versuchten. Rund um den Präsidentenpalast in Karthago, einem Vorort von Tunis, wird stundenlang geschossen: Die Armee setzt die Präsidialgarde außer Gefecht.

Montag, 17. Januar: Die Lage beruhigt sich. Ghannouchi gibt sein neues Regierungskabinett bekannt. Einige Minister hat

er von seinem alten Kabinett übernommen, die Mehrheit der Ressortchefs gehört der verhassten Staatspartei RCD an. Doch werden auch die Spitzenpolitiker der drei Oppositionsparteien, Chebbi, Brahim und Ben Jaâfar, sowie drei Mitglieder der UGTT (mit Minister- und Staatssekretärsposten) mit Ministerien bedacht. Slim Amamou, der bekannteste Blogger des Landes, wird Staatssekretär im Ministerium für Jugend und Sport. Er war eine Woche zuvor wegen mutmaßlicher Zugehörigkeit zur Hacker-Gruppe Anonymous, die die Websites sämtlicher Ministerien, der Nationalbank und der Börse lahmgelegt hatte, verhaftet worden und wurde erst am Vorabend von Ben Ali's Flucht auf freien Fuß gesetzt. Ghannouchi gibt die Einsetzung von drei Kommissionen bekannt. Sie sollen die Korruption untersuchen, Vorschläge für politische Reformen ausarbeiten und klären, wer die 58 Toten zu verantworten hat, die die Revolution nach offiziellen Angaben (die UNO wird später von 215 sprechen) gekostet hat. Der Ministerpräsident kündigt zudem die Freilassung aller politischen Gefangenen an. Die Tunesische Menschenrechtsliga, 1976 gegründet und damit die älteste Menschenrechtsorganisation im arabischen Raum, darf wieder frei arbeiten. Sie hatte sich unter der Diktatur zum letzten Hort der Opposition entwickelt.

Dienstag, 18. Januar: Die drei UGTT-Mitglieder treten unter dem Druck der Gewerkschaftsbasis aus der Regierung wieder aus. Ihre Begründung: Die Schlüsselministerien Innen, Außen, Verteidigung und Finanzen seien nicht mit neuen Personen besetzt worden. Der Oppositionspolitiker Ben Jaâfar gibt seine Mitgliedschaft im Kabinett auf. Er will keiner RCD-Regierung angehören. Daraufhin treten Präsident Mebazaa und Premierminister Ghannouchi aus der RCD aus. Auch sämtliche RCD-Minister verlassen die Partei. Die RCD ihrerseits, bis vor 24 Stunden noch Mitglied der Sozialistischen Internationale, schließt Ben Ali, seine Ehefrau

Leila Trabelsi, deren Bruder Belhassen Trabelsi, Mohamed Sakhr El Materi, Schwiegersohn des Ex-Präsidenten, und weitere fünf prominente Mitglieder aus der Partei aus.

Mittwoch, 19. Januar: Die Schweizer Regierung verhängt über 40 Mitglieder des Clans Ben Ali-Trabelsi ein Verbot, ihren Immobilienbesitz zu verkaufen. Ben Ali ruft aus seinem saudischen Exil Ghannouchi an und teilt ihm mit, er sei bereit zurückzukehren. Der Ministerpräsident erwidert, dies sei unmöglich. Eine Woche später schon stellt die tunesische Justiz einen Haftbefehl gegen Ben Ali aus.

Die Armee rettet die Revolution

Fürs Erste ist der Sieg der Revolution gesichert. Die tunesische Jugend hat sie im Landesinnern losgetreten. Die Armee hat ihr in Karthago, als sie die Präsidialgarde militärisch ausschaltete, zum Durchbruch verholfen. Welche Diskussionen in der Generalität geführt wurden, welche Rolle die US-Botschaft spielte, darüber kann man heute nur spekulieren. Man wird mehr darüber wissen, wenn die Archive geöffnet werden, wenn die Protagonisten zu reden beginnen. Fest steht: Die Armee hat sich in der entscheidenden Stunde dem Regime verweigert und sich dem Schießbefehl widersetzt. Armeechef Ammar wurde von Ben Ali deshalb zwar gefeuert, aber die Generäle scheinen zu ihrem Chef gestanden zu haben, so dass die Entscheidung des Präsidenten letztlich folgenlos blieb. Dies erklärt sich gewiss auch aus einem traditionellen Misstrauen zwischen Armee und politischer Führung. Bereits Bourguiba versuchte, die Armee kleinzuhalten. Dass Ben Ali, der eine militärische Karriere hinter sich hatte, überhaupt in hohe politische Positionen aufsteigen konnte, war eine Ausnahme. Unter seiner Präsidentschaft verlor die Armee noch weiter